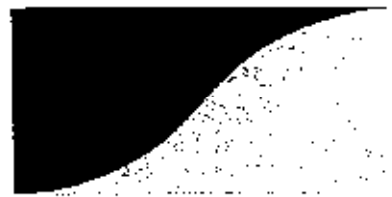


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 848 pppn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Klaus Hänsch MdEP zu den Ergebnissen von Lissabon: Keine Weitsicht vom EG-Gipfel.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zu den außenpolitischen Vorstellungen der CSU: Entwicklungshilfe und Konfliktmanagement statt Militärabenteuer.

Seite 2

Herbert Müller MdL zu den Erwartungen an den Weltwirtschaftsgipfel in München: Den Kampf gegen den Hunger organisieren.

Seite 3

Ilse Janz MdB, Hanna Wolf MdB und Dr. Marliese Dobberthien MdB zum unzulänglichen Regierungs-Entwurf für ein Gleichberechtigungsgesetz: Plädoyer für eine umfassende Frauenförderung.

Seite 4

Rezension

M.N. Hebbat stellt das Buch 'Nehru - Annäherungen an einen Staatsmann und Philosophen' von Gisela Bonh vor.

Seite 5

47. Jahrgang / 121

29. Juni 1992

Keine Weitsicht vom EG-Gipfel Zu den Ergebnissen von Lissabon

Von Klaus Hänsch MdEP
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Daß Jacques Delors für weitere zwei Jahre zum Präsidenten der EG-Kommission bestellt wurde, ist der einzige substantielle Beschluß, den die EG-Staats- und Regierungschefs in Lissabon zustande gebracht haben. Er ist zu begrüßen, er war auch ohne Alternative, aber dafür hätten sie nicht in die portugiesische Hauptstadt fahren müssen.

Im übrigen blieb der Europäische Rat gelähmt. Das lag am wenigsten am Ergebnis des dänischen Referendums. Die Veranstaltung selbst: zwei- bis dreimal treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten und der Präsident der EG-Kommission zum Europäischen Rat, um eineinhalb Tage lang der Gemeinschaft mit Grundsatzbeschlüssen Orientierung für ihre Politik zu geben.

Von diesem Anspruch ist in Lissabon auch nicht eine Spur verwirklicht worden: Vom Gipfel keine Weitsicht! Einmal mehr haben die Staats- und Regierungschefs in der EG vor ihrem eigenen Anspruch versagt und sich als unfähig erwiesen, die notwendigen Entscheidungen für Europa zu treffen. Dieser Europäische Rat war ein bloßer Vertragungsrat.

Zur EG-Erweiterung: Orientierung hatte ein Beschluß gegeben, daß die Erweiterung der Gemeinschaft wünschenswert und ihre gleichzeitige Vertiefung notwendig ist. Also: Aufnahme der Beitrittsverhandlungen 1993 und gleichzeitige Einberufung einer Regierungskonferenz mit dem Auftrag, die Institutionen der Gemeinschaft so zu reformieren, daß sie auch mit 17 oder 18 Mitgliedstaaten handlungsfähig bleibt und demokratisch wird. Stattdessen mochte man sich nicht einmal auf ein Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen einigen.

Zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaftspolitik: Notwendig wäre es gewesen, die gemeinsam beschlossenen Politiken, zum Beispiel die Hilfe für Osteuropa und die GUS, die europäische Infrastrukturpolitik, die gemeinsame Forschungspolitik und so weiter, mit den dafür notwendigen Finanzmitteln auszustatten. Stattdessen: keine Einigung - weder über das Volumen noch über den Zeitrahmen für die notwendige Aufstockung des EG-Haushalts, aber auch keine Entscheidung, die einmal beschlossenen Politiken wieder zurückzunehmen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Herrlicher Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycling Paper



Zum Sitz verschiedener neuer EG-Institutionen: Ein Top-Thema, da geht es um den harten Kern des nationalen Interesses. Darüber können nur veritable Staats- und Regierungschefs entscheiden - wenn überhaupt. Sie konnten nicht. Wie sollten sie auch, wenn sie darauf verzichten, die Kriterien für Sitzentscheidungen festzulegen und stattdessen Ansprüche und Widerstände mit Argumenten aus dem Skurrilitätenkabinett begründen: Der Sitz der Europäischen Zentralbank dürfe auf keinen Fall ein bedeutender Finanzplatz sein, hieß es. Wenn man dies sinngemäß auf die Europäische Umweltagentur oder das Europäische Parlament anwenden wollte... Vor diesem Hintergrund fällt es kaum noch auf, daß auch die Entscheidung über die künftige Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament vertagt wurde.

Zum Krieg auf dem Balkan: Humanitäre Hilfe soll künftig militärisch abgedeckt werden. Hier zeigt sich erneut das ganze Dilemma einer gemeinsamen EG-Außen- und Sicherheitspolitik: unzureichende und unklare Rechtsgrundlagen, fehlendes Entscheidungszentrum, mangelhaftes und unkoordiniertes Instrumentarium, verschleierte Eigeninteressen. Ist die sympathische Geste Mitterrands, Sarajewo zu besuchen, in Lissabon besprochen worden? Die EG-Staats- und Regierungschefs sind den Weg der europäischen Ankündigungspolitik ein Stück weitergegangen. Der deutsche Außenminister war, dem Vernehmen nach, wortmächtig dabei. Ihm und seinen Partnern sollte klar sein: Nach heutiger Verfassungslage kann eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer militärischen Aktion mit welchem Ziel auch immer nicht infrage kommen.

Die EG-Politik sollte künftig bürgernäher werden: Auch das ist Ankündigungspolitik pur. Alle als bürgerfern gescholtenen, häufig unverständlichen und manchmal überflüssigen EG-Richtlinien und EG-Verordnungen sind bislang nicht von irgendeiner "Brüsseler Bürokratie", sondern im Ministerrat von den nationalen Regierungen selbst beschlossen worden. Nachdem die gleichen Herren in Maastricht bis zuletzt das Übergewicht verteidigt haben, das ihre nationalen Bürokratien bei der EG-Gesetzgebung über das gewählte Europäische Parlament haben, verleiht es ihrer neuen Aufforderung zur Bürgernähe wenig Glaubwürdigkeit.

(-/29. Juni 1992/rs/ks)

Entwicklungshilfe und Konfliktmanagement statt Militärabenteuer **Zu den außenpolitischen Vorstellungen der CSU**

Von Ludwig Stiegler MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Welthilfssheriff-Gelüste sind der CSU wegen der Militärlastigkeit ihrer außenpolitischen Vorstellungen vorzuhalten. Das vereinte Deutschland dient dem Frieden in der Welt nicht durch zusätzliche bewaffnete Kontingente, sondern durch zusätzliche wirtschaftliche Hilfe und durch eine gerechte Welthandelspolitik. Nicht die Steigerung der militärischen Anstrengungen ist geboten, sondern die Verdoppelung der Entwicklungshilfe. Die Lehre aus der Jugoslawienkatastrophe kann und darf nicht in einer neuen Militarisierung der Außenpolitik liegen, sondern im rechtzeitigen Konfliktmanagement.

Die Sicherheitspolitik der Zukunft verlangt wirtschaftliche Hilfe und Ächtung des Krieges als Mittel der Politik. Die Rolle des wieder souverän gewordenen Deutschland in der Welt muß sich grundsätzlich von der Vergangenheit des deutschen Reiches und damit von der Militärlastigkeit lösen. Die Sicherheitspolitik der Zukunft ist die Entwicklungspolitik für den Osten wie für den Süden. Es wäre falsch, mehr in einen trügerischen militärischen Schutz vor gewaltsamen Änderungen in der Welt zu investieren als in eine wirtschaftliche Entwicklung, die diese gewaltsamen Explosionen dauerhaft und zuverlässig durch Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand der westlichen Welt verhindert.

Es ist erschreckend, wie die CSU nach der Beteiligung der Deutschen an Militäreinsätzen geradezu giert. Die SPD wird ihre Hand nicht für eine Grundgesetzänderung heben, die es CSU-Politikern, die nach allen Erfahrungen der Vergangenheit und täglichen Bildern den Krieg immer noch für eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln halten, erlauben würden, militärisch mitzumischen. Stattdessen kommt es auf eine Ächtung des Krieges an und auf eine Bekämpfung der Förderer und Nährer der Kriege. Die zynische Weltdiplomatie hat längst nicht alle zivilen Druckmittel ausgeschöpft, um den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien zu beenden.

Der CSU werfe ich vor, die bayerische Wirtschaft rüstungslastig gemacht zu haben. Es ist höchste Zeit, diese Rüstungslastigkeit bedeutender Teile der Industrie, der Forschung und der Entwicklung abzuwerfen und mit einem energischen Kurswechsel Konversionsprogramme ins Werk zu setzen. Die Antwort auf das Ende des Kalten Krieges kann nicht die Fortsetzung der Rüstungspolitik unter dem Deckmantel der internationalen Verantwortung sein. Die Antwort muß in einem Kurswechsel zu ziviler Forschung, Entwicklung und Produktion liegen, die international nicht durch militärische Machtprojektionen hilft, sondern zum Beispiel durch Hilfe zur Bewältigung der Energieprobleme in der Dritten Welt.

Friedenspolitik heißt zukünftig, regionale Konflikte vorausschauend zu analysieren und Methoden zum Konfliktmanagement zu entwickeln. Die Welt der Außen- und Sicherheitspolitik ist immer noch von dem Krieg als politischer Institution gefangen, wo längst die Fähigkeit zum conflict settlement im Vordergrund stehen müßte. Jetzt rächt sich, daß zwar Milliarden für Waffen und militärische Infrastruktur ausgegeben worden sind, aber nur wenige Millionen für die Friedens- und Konfliktforschung. Die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung im Haushalt des Bundesforschungsministers ist im Hinblick auf die Bedeutung von deren Ergebnissen für uns alle einfach lächerlich und keine angemessene Antwort auf die Probleme der Friedens- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges. Friede durch Gerechtigkeit werden zum Grundprinzip der 90er Jahre werden müssen, wenn die Kriegsgefahr auf Dauer gebannt werden soll: Wir brauchen die Friedensdividende so rasch wie möglich, weil unsere Bevölkerung nicht beides kann: den Frieden durch Entwicklung und sozialen Ausgleich zu finanzieren und weiter enorme militärische Rüstungslasten zu tragen.

(-/29. Juni 1992/rs/ks)

Den Kampf gegen den Hunger organisieren
Zu den Erwartungen an den Weltwirtschaftsgipfel in München

Von Herbert Müller MdL
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

188 Millionen Kinder sind unterernährt, 13,9 Millionen Menschen sterben weltweit vor ihrem fünften Lebensjahr. 550 Millionen Menschen hungern. Diese vom UNO-Welternährungsrat bekanntgegebenen Fakten müssen zu einem zentralen Thema auf dem Weltwirtschaftsgipfel der reichen Industriestaaten gemacht werden. Es genügt nicht, daß der Gipfel 'auch über größere Finanzspritzen' (Regierungssprecher Vogel) sprechen wird. Erforderlich ist vielmehr eine verbindliche Aussage über konkrete Hilfsmaßnahmen.

Der Bundespräsident hat bei seinem jüngsten Besuch in Afrika dankenswerterweise die UNO-Forderung auch für Deutschland proklamiert, nach der die reichen Länder 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes den armen Ländern zur Verfügung stellen sollen, und zugesagt, daß auch das wiedervereinigte Deutschland trotz aller eigenen Probleme seine Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt nicht vergessen werde. Bundeskanzler Kohl hat sich in Rio jedoch nicht auf eine verbindliche Zielvorgabe für das Jahr 2000 festlegen wollen, sondern nur von 'so bald als möglich' gesprochen. Sein Entwicklungshelferminister Spranger ist ehrlicher gewesen,

als er erklärte, daß der bisherige Anteil von 0,42 Prozent nicht zu halten ist; erreichbar scheint dem Minister aber "ein Anteil von 0,34 Prozent".

Dieses Verhalten der Bundesregierung ist schlicht ein Skandal: Letztendlich wird die jahrzehntelange Ausbeutung der Dritte-Welt-Länder durch die Industrienationen und die daraus resultierende Armut Hunderter von Millionen Menschen sowie die Umweltzerstörung wie ein Bumerang auf die Reichen dieser Welt zurückfallen. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen in wenigen Jahren tatsächlich 100 Millionen Armuts- und Weltflüchtlinge an unseren Grenzen. Mit restriktiven Asylbestimmungen nach christsozialer Manier läßt sich diese drohende Völkerwanderung nicht bekämpfen. Die deutsche Bevölkerung ist zwar durch die Wiedervereinigung finanziell belastet. Diese Aufgabe ist jedoch winzig klein gegenüber den Problemen, die der Hunger in der Welt auslösen wird.

Der Umweltgipfel in Rio hat die Erwartungen der Entwicklungsländer nicht erfüllt. Ihre Hoffnungen richten sich nun auf die Staatsmänner der reichen Industrienationen. Sie sind herausgefordert zu einer sie bindenden Aussage über ein Hilfsprogramm. Den bayerischen Ministerpräsidenten fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, seine Gastgeberrolle beim Empfang im Nymphenburger Schloß zu einer Erklärung über die entwicklungspolitischen Vorhaben des Freistaates zu nutzen. Wir erwarten, daß Streibl dabei eine beträchtliche Aufstockung der bayerischen Gelder - insbesondere für die Dorfentwicklung - zusagt. Ein Staat wie Bayern, der für seine Repräsentationsverpflichtungen mehr ausgibt als für Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation in den Entwicklungsländern, stellt sich ein blamables und unchristliches Zeugnis aus.

Mit einer "Münchener Erklärung zur Entwicklungshilfe" könnte der Weltwirtschaftsgipfel die dringend notwendige Wende der bisherigen eigennützigen Politik einläuten und damit in die Geschichte eingehen.

(-/29. Juni 1992/rs/ks)

Plädoyer für eine umfassende Frauenförderung

Zum unzulänglichen Regierungs-Entwurf für ein Gleichberechtigungsgesetz

Von Ilse Janz MdB

Vorsitzende der ad hoc-Arbeitsgruppe Gleichstellungsgesetz,

Hanna Wolf MdB

Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und

Dr. Marliese Dobberthien MdB

Stellvertretende Vorsitzende der ad hoc-Arbeitsgruppe Gleichstellungsgesetz

Frauen sind im Erwerbsleben noch immer benachteiligt. Sie erzielen durchschnittlich nur zwei Drittel des Erwerbseinkommens von Männern. In Führungspositionen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft sind Frauen nur zu circa drei Prozent vertreten. Entlassungen treffen sie jedoch als erste.

Wir schlagen daher ein umfassendes Frauenförderungsgesetz für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft vor.

Durch gesetzliche Regelungen sollen für Betriebe und Behörden Frauenbeauftragte obligatorisch werden. Sie sollen von ihren Kolleginnen gewählt werden und Mitwirkungsrechte bis zum Vetorecht bei allen frauenrelevanten Vorhaben im Betrieb beziehungsweise in der Behörde erhalten. Betriebs- und Behördenleitungen werden zur Erstellung von Frauenförderplänen mit regelmäßiger Berichtspflicht über ihre Umsetzung verpflichtet.

Im öffentlichen Dienst halten wir an unserem Konzept einer qualifikationsbezogenen Quote bei Einstellung, Ausbildung und Beförderung fest. Darüber hinaus wollen wir die Erhöhung des Frauenanteils durch verbindliche Zielvorgaben in Frauenförderplänen erreichen.

Außerdem wollen wir eine Beweislastumkehr bei Benachteiligungen - sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst - und Schadensersatzansprüche bis zur Höhe von zwölf Monatsgehältern im Falle von Diskriminierungen bei der Einstellung und anderen Personalentscheidungen. Sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz muß durch Schutzmaßnahmen der Arbeitgeber und durch wirksame Sanktionen entgegengewirkt werden.

Im Gegensatz zu unserem umfassenden Konzept beschränkt sich der Vorentwurf eines Gleichberechtigungsgesetzes der Bundesministerin Merkel alleine auf den öffentlichen Dienst. Auch in diesem Bereich bleibt er aber ganz erheblich hinter unseren Vorschlägen zurück:

- Keine Quote, keine verbindlichen Zielvorgaben.
Der Ministeriumsentwurf sieht lediglich Maßnahmen 'im Rahmen flexibler Zielvorgaben' vor, um den Anteil von Frauen zu erhöhen. Damit fehlt dem Entwurf jeder Biß. Die Frauenförderpläne können ohne weiteres unterlaufen werden.
- Keinerlei Vorschriften zur Verbesserung der Ausbildungschancen von Frauen und Mädchen und Beteiligung an Aß-Maßnahmen, geschweige denn eine Quote.
- Die Frauenbeauftragte hat keine unabhängige Stellung und wird von der Behörde bestellt. Ihre Freistellung ist nicht garantiert, vielmehr wird sie nur von "anderweitigen dienstlichen Tätigkeiten soweit entlastet, wie es nach Art und Umfang die Dienststelle zur ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist". Ihr fehlt ein Vetorecht.
- Es gibt keine Beweislastumkehr bei Diskriminierungen.
- Die Prävention gegen sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz ist unzureichend: Es fehlen klare Schutzpflichten des Arbeitgebers und ein grundsätzliches Verbot der sexuellen Belästigung. Sexuelle Belästigungen werden nicht mit der notwendigen Konsequenz verfolgt.

(-/29. Juni 1992/rs/ks)

REZENSION

Ein Staatsmann, der das Prinzip Hoffnung verkörperte

Gisela Bonn, 'NEHRU - Annäherungen an einen Staatsmann und Philosophen', 1992, Fischer Taschenbuch Verlag, 156 Seiten, DM 16,80.

Die Geschichte Indiens läßt sich nicht ohne die Person Pandit Jawaharlal Nehrus denken, den großen Freiheitskämpfer und ersten indischen Ministerpräsidenten. Gisela Bonn zeichnet das Leben Nehrus auf eine persönliche Weise nach: 1956 lernte sie den Ministerpräsidenten während seines Deutschlandbesuches kennen und konnte - wie auch bei ihren folgenden Aufenthalten in Indien - lange Gespräche mit ihm führen, die eine enge geistige Verbundenheit und Freundschaft entstehen ließen. So gelingt es ihr, in den Annäherungen an Nehru den Menschen hinter dem Politiker zu entdecken, den Schriftsteller und Philosophen, für den Politik - wie auch für seinen geistigen Vater Mahatma Ghandi - immer auch mit Ethos verbunden war, der für eine Vergeistigung der Politik, die Anerkennung des Primates kultureller Verbindungen zwischen den Völkern als friedenssicherndes Element plädierte, und der in der Konvergenz von westlicher Wissenschaft und östlicher Philosophie ein wichtiges Phänomen unserer Zeit erkannte.

Die Autorin beschreibt die Persönlichkeit Nehrus ohne Verklärung. Was Nehru wollte, kann nicht veralten, solange sich Menschen ihrer geistigen, ethischen und humanen Verpflichtungen bewußt bleiben. "Im Leben des Jawaharlal Nehru spiegelt sich nicht nur die spannungsgeladene Geschichte des modernen Indiens, - es reflektiert vielmehr, was uns alle angeht: eine weltweite Revolutionierung des Denkens", so urteilt Gisela Bonn.

Der erste Premierminister der unabhängigen Indischen Union verkörperte das stimulierende Prinzip Hoffnung. Wie kein anderer Staatsmann des 20. Jahrhunderts hat er Millionen Menschen in seinem Land und in anderen Ländern zum Umdenken angeregt. An der Veränderung der Welt, die ihre Türen zum Dialog öffnete, hatte Jawaharlal Nehru entscheidenden Anteil.

Wenn der Mythos, zu dem dieser Politiker schon während seines Lebens geworden ist, nach seinem Tod verblaßte, so erlebte er in den letzten Jahren eine unbestreitbare Renaissance. Sie begann mit der Erkenntnis, daß wir ohne den Willen und die Kraft zu einer echten internationalen Partnerschaft nicht überleben werden. Im Zeitalter nuklearer Vernichtungswaffen wird friedliche Koexistenz zum kategorischen Imperativ. Niemand wußte das besser als Nehru. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache in Washington sagte er am 18. Dezember 1956: "Im Atomzeitalter ist der Friede zum Prüfstein für den Fortbestand der Menschheit geworden".

Gisela Bonn kommt in ihrer Analyse auch zu dem Ergebnis, daß Nehrus Hinneigung zum Buddhismus schon 1956 unverkennbar war. Daß der Buddhismus als religiöse Praxis in seinem Heimatland Indien zu Beginn des ersten Jahrtausends fast völlig erlosch, hat seine Renaissance als Philosophie und Ethik in unserem Jahrhundert nicht verhindert. Nehru ist ein überzeugendes Beispiel. Die von ihm 1955 im indonesischen Bandung postulierten fünf Prinzipien, die sogenannten "Panch Shila", zu der sich die 101 blockfreien Nationen mit starker Eloquenz bekannten, beruhen auf jenen fünf buddhistischen Grundsätzen, die auch von anderen "bündnislosen" Völkern diskutiert werden: gegenseitige Anerkennung, kein Angriff, keine Einmischung, gegenseitige Ehrfurcht, friedliche Koexistenz. Was immer man über ihre praktische Anwendung denken mag, sie wurden von Nehru, der Buddha als den "größten Sohn Indiens" bezeichnete, in das internationale Vokabular eingeführt.

In ihrem Buch schildert die Indien-Expertin Nehru als einen idealistischen, aber nichts desto weniger auch pragmatischen Staatsmann, der sehr wohl die Grenzen kannte, die gewissen Idealen gesetzt werden. Eine solche Grenzsituation war für ihn in Goa entstanden. "Wir sind nicht nach Goa marschiert, um einen Feind zu bekriegen. Wir sind marschiert, um eine Fremdherrschaft zu beseitigen, die unerträglich war", erklärte Nehru in diesem Zusammenhang. Nehrus Leben hat, und daran erinnert die Autorin wiederholt, wie das des Mahatma, Spuren hinterlassen, die nicht vergehen. Das moderne Indien kann nicht verstanden werden, ohne das vielfach ineinanderspielende Wirken von Gandhi und Nehru in jenen Dimensionen zu sehen, die ihre Gültigkeit behalten haben.

"Indien wird - unvermeidlich - eine Rolle in der Weltpolitik spielen.... Wir wünschen enge Kontakte, weil wir von allem Anfang an fest überzeugt waren, daß die Welt näher zusammerrückt und schließlich das Ideal verwirklichen wird, das man heute die 'eine Welt' nennt." An Nehrus Auffassung von damals ist heute kaum etwas zu korrigieren, so Gisela Bonn. "Der wahre Weg des Menschen ist der Weg des Friedens", betonte Nehru.

Gisela Bonn, Journalistin, Autorin, Regisseurin und Herausgeberin der Zeitschrift Indo Asia, lebte nach ihrem Studium der Ethnologie, Kunstgeschichte und Philosophie jahrelang in Afrika und Asien. Sie zählt zu den tiefsten Kennern dieser Länder, besonders des indischen Subkontinent. Als erste Deutsche wurde sie 1990 mit dem indischen Padma-Shri-Orden ausgezeichnet.

M.N. Hebbar

(-/29. Juni 1992/rs/ks)
